

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BA-KGM/030(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Betriebsausschuss Kommunales Gebäudemanagement	Dienstag, 19.04.2022	Ratssaal	16:00 Uhr	16:32 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom
22.03.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Konzept zur Warnung der Bevölkerung DS0139/22
BE: Amt 37
- 6 Anträge
- 6.1 Wärmeplanung für Magdeburg A0032/22
BE: Fraktion DIE LINKE
- 6.1.1 Wärmeplanung für Magdeburg S0072/22
BE: VI/04
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzender

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Christoph Abel
Jürgen Canehl
Marcel Guderjahn
Anke Jäger
Christian Mertens
Burkhard Moll

Beschäftigtenvertreter

Michaela Obenauff
Peter Wieland

Geschäftsführung

Saskia Naumann

Verwaltung

Hagen Reum (BL Eb KGm)

Gäste

Frank Mehr (AL A 37)
Florian Gruhle (VI/04)

Mitglieder des Gremiums

Reinhard Stern

entschuldigt

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde. Es sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung: 8 Stimmen – Ja
 0 Stimmen – Nein
 0 Stimmen – Enthaltung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

3. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 22.03.2022

Abstimmung: 8 Stimmen – Ja
 0 Stimmen – Nein
 0 Stimmen – Enthaltung

Der öffentliche Teil der Niederschrift wird genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu o.a. Fragestunde ist kein Anwohner anwesend.

Stadträtin Jäger nimmt ab ca. 16:02 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind jetzt 9 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Konzept zur Warnung der Bevölkerung Vorlage: DS0139/22

Herr Mehr bringt die Drucksache ein. Er legt dar, dass u. a. die jüngsten Ereignisse im Ahrtal gezeigt haben, dass das bestehende Warnsystem überprüft und aktualisiert werden muss. Die Ortsteile der Landeshauptstadt verfügen über Sirenen. Die Einwohner der Kernstadt werden im Notfall über Lautsprecherwagen bzw. die NINA-Warnapp informiert. Eine Information nur über Lautsprecherwagen ist nicht weitreichend genug. Daher soll das Warnsystem ausgebaut werden. Der Bund wird hierfür flächendeckend Fördermittel ausreichen. Die Sirenen sollen ertüchtigt und auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden. Der erste Schritt umfasst hierbei die Planung. In einem zweiten Schritt sollen mit dem Eb KGm geeignete Gebäude als Standorte für die Sirenen bestimmt werden und im Anschluss das Warnsystem erweitert werden. Herr Mehr bittet um Zustimmung zur Drucksache.

Herr Canehl hinterfragt die in der Drucksache erwähnte Hochwasserwand. Herr Mehr erklärt, dass diese als Finanzierungsquelle dient und dafür in das Jahr 2023 verschoben wird.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses KGM empfehlen dem Stadtrat mit 9 : 0 : 0 Stimmen die Beschlussfassung.

6. Anträge

Stadträtin Jäger stellt klar, dass es sich bei dem Antrag um eine Planung und noch keine Umsetzung handelt. Sie kann deshalb die Stellungnahme von Herrn Rehbaum nicht nachvollziehen. Die Wärmeplanung ist Teil des Klimaplanes der Landeshauptstadt. Es soll erst einmal der Bedarf ermittelt werden. Hierzu sind die Nutzer mit den Erzeugern zusammenzubringen.

Stadtrat Canehl befürwortet den Antrag. Er kommt zur rechten Zeit, die Wärmeplanung muss dringend entwickelt werden, auch durch die neue Situation mit Intel, wo sicherlich viel Abwärme entstehen wird.

Der Vorsitzende Herr Dr. Trümper merkt an, dass die „Wärmeplanung“ der Stadt in Korrespondenz mit den SWM Schritt für Schritt umgesetzt wird. Gasanschlüsse für Wohnräume sind erfolgt. Für die Wärmeversorgung der Schulen und Kitas wurden Verträge mit der SWM abgeschlossen.

Herr Gruhle von der Stabsstelle Klima verteidigt die Stellungnahme. Die gesamtstädtische Planung als Gesamtkonzept ist schwierig umzusetzen. Außerdem ist sie zum Großteil bereits im Masterplan Klima enthalten.

Stadtrat Mertens erklärt, dass hier ein Ist-Zustand geschaffen werden müsste, der ständig aktualisiert werden muss. Er hinterfragt den Sinn einer solchen Aufstellung.

Frau Jäger merkt an, dass der Wärmeplan von Fördergeldern finanziert wird. Es ist nötig, die Anbieter und Nutzer zusammenzubringen. Hierfür muss man sich mit der Thematik befassen und einen Status Quo aufstellen. Die Wohngebiete sind ja bekannt.

Eine solche dynamische Planung kann nicht durch die Stadt geleistet werden. Es besteht auch keine Notwendigkeit dafür.

Der Vorsitzende des Betriebsausschusses Herr Dr. Trümper ergänzt, dass alle Nutzer versorgt sind. Frau Stadträtin Jäger merkt an, dass es evtl. eine günstigere Versorgung geben könnte.

Herr Gruhle räumt ein, dass eine quartiersweise Planung vorstellbar wäre. Die Erfahrungen jedoch auch gezeigt haben, dass ein reines Herantragen nicht zielführend ist.

Der Vorsitzende Herr Dr. Trümper bezweifelt, dass es Betriebe gibt, die ihre Abwärme ungenutzt lassen. Herr Reum stimmt dem zu und ergänzt, dass die meisten Betriebe durch ihre Abwärme beispielsweise Turbinen antreiben und die Energie in geeignete Formen, z. B. als einzuspeisenden Strom, umwandeln. Außerdem benötigen die städtischen Objekte eine durchgängige Wärmeversorgung.

Stadtrat Moll regt an, ein intelligentes Steuerungssystem einzurichten.

Der Vorsitzende Herr Dr. Trümper stellt abschließend klar, dass es in der Stadt Magdeburg keine Energieverschwendung gibt, da die Abwärme bereits genutzt wird. Eine Steuerung durch die Stadt ist nicht nötig und auch nicht leistbar. Für kleinere Wohngebiete wäre dies eventuell ok.

Der Antrag A0032/22 Wärmeplanung für Magdeburg wird von den Mitgliedern des Betriebsausschusses mit 4 : 5 : 0 Stimmen abgelehnt.

Es wird auf die obigen Ausführungen zum Antrag A0032/22 verwiesen.

Die Stellungnahme S0072/22 wird von den Mitgliedern des Betriebsausschusses KGM zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Canehl erwähnt, dass es hier erneut zu Kostenaufwüchsen von 500 TEUR für die Schülerbeförderung kommt, welche durch den Stadtrat beschlossen werden sollen. Er möchte daher wissen, warum die GS Westerhüsen erst im Februar 2025 fertiggestellt werden wird Dies wurde bisher so nicht kommuniziert. Er fragt nach, ob die Baugenehmigung vorliegt und wenn Nein, wieso nicht? Warum soll die Maßnahme erst im Februar 2023 begonnen werden? Was passiert so lange?

Herr Reum teilt hierzu mit, dass die Maßnahme im Plan liegt. Weiterhin ist die GS Westerhüsen abhängig von der Fertigstellung der Goethe-Schule. Dort laufen die Arbeiten sehr schleppend und der Fahrplan ist kritisch. Es ist geplant, Anfang 2023 mit vorbereitenden Maßnahmen am Standort der GS Westerhüsen zu beginnen. Die 500 TEUR für den Schülertransport stehen nicht im Zusammenhang mit der Baumaßnahme. Der Bauantrag ist bereits seit längerer Zeit eingereicht. Der genaue Zeitpunkt wird für das Protokoll nachgereicht.

Die Bearbeitungszeit für Bauanträge liegt aktuell bei 8-10 Monaten. Dies begründet sich darin, dass die Landeshauptstadt viele und große Baumaßnahmen durchführt und bei der Baugenehmigung viele Ämterbeteiligungen nötig sind. Außerdem beeinträchtigen der Ukraine-Krieg und die Corona-Krise die Bearbeitung.

Der Vorsitzende Herr Dr. Trümper ergänzt, dass aufgrund des Ukraine-Krieges viele Mitarbeiter innerhalb der Stadtverwaltung im Sozialamt eingesetzt sind und die Umsetzungen zu Rückständen in den anderen Ämtern und Fachbereichen führen.

Herr Canehl widerspricht, dass diese Baumaßnahme die Stadt seit 2016 beschäftigt. Laut Vorlage liege die Maßnahme nicht im Plan. Die Kosten haben sich mittlerweile von 4,2 Mio EUR auf 8,9 Mio. EUR plus 500 TEUR für die Schülerbeförderung erhöht. Dies lässt sich seiner Meinung nach nicht mehr mit der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg begründen.

Herr Reum merkt an, dass die Baugenehmigung Herrn Schütt bereits zur Unterschrift vorliegt. Eine Beschleunigung wird die Vorlage der Baugenehmigung dennoch nicht bringen, da hier die Abhängigkeit von der Maßnahme in der Goethe-Schule besteht.

Nachtrag: Die Baugenehmigung liegt seit dem 14.04.2022 im Eb KGm vor; die Planeraufträge für die nächsten Leistungsphasen befinden sich im Abruf.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Saskia Naumann
Schriftführerin